

Stand: 09.05.2026 22:18:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5337

"Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5337 vom 13.02.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6349 des BU vom 16.04.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.05.2015
4. Beschluss des Plenums 17/6936 vom 10.06.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 10.06.2015



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass auf Basis nachvollziehbarer Kriterien verbindliche Quoten festgelegt werden, nach denen die Flüchtlinge gerecht den EU-Mitgliedstaaten zugeteilt werden;
2. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über den derzeitigen Sachstand und die bestehenden Herausforderungen auf Bundes- und Europaebene im Hinblick auf eine Dublin-II-Reform sowie über die angekündigte Intensivierung der gemeinsamen Zusammenarbeit mit Tirol und Südtirol in dieser Angelegenheit zu berichten.

Begründung:

Angesichts der dramatischen Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR ist das heutige weltweite Ausmaß von Flucht und Vertreibung so groß wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die sich deshalb in den Südländern der EU zuspitzende Flüchtlingssituation macht überdeutlich, dass die bisherige Dublin-II-Regelung für die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU den Realitäten nicht mehr gerecht wird: Während wenige Länder die Hauptlast tragen und Deutschland selbst überdurchschnittliche Anstrengungen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen unternimmt, zeigen sich eine Reihe von Mitgliedstaaten bei der Flüchtlingsaufnahme wenig solidarisch. Ein neuer, gerechterer Verteilungsschlüssel mit Kriterien wie etwa die Bevölkerungsgröße und Wirtschaftskraft ist daher dringend erforderlich. Auch Europa sieht sich schon seit einiger Zeit mit großen Flüchtlingswellen konfrontiert. „In einer solch schwierigen Situation kann die Europäische Union zeigen, dass sie tatsächlich jene Wertegemeinschaft ist, als die sie sich selber darstellt“, sagte bereits der Staatsminister Joachim Herrmann und forderte deshalb: „Es müssen endlich auf Basis nachvollziehbarer Kriterien verbindliche Quoten festgelegt werden, nach denen die Flüchtlinge gerecht den Mitgliedstaaten zugeteilt werden.“ Neben dem aktuellen Sachstand und den Herausforderungen einer Reform der EU-Flüchtlingspolitik soll die Staatsregierung dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen auch über die angekündigte Intensivierung der Zusammenarbeit mit Tirol und Südtirol in dieser Angelegenheit berichten.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale
Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/5337

Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen
Fahn**
Mitberichterstatter: **Walter Taubeneder**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 24. Februar 2015 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 16. April 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 16. April 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/3262, der Änderungsantrag auf Drucksache 17/5552 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf Drucksache 17/6407 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 1 die Inhaltsübersicht geändert und eine neue Nr. 10 eingefügt wird. Ich verweise insoweit auf Drucksache 17/6407. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses mit der Maßgabe zu, dass in der neu eingefügten Nummer 10 das Datum "31. Juli 2015" eingefügt wird.

(Unruhe)

Kolleginnen und Kollegen, ich muss Sie bitten, sich hinzusetzen, weil wir erst eine einfache Abstimmung machen. Dazu bitte ich, die Plätze einzunehmen. Alle, bitte. - Danke schön.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt worden ist, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese wird nun in namentlicher Form durchgeführt.

(Unruhe)

- Gibt es Widerspruch? Nein? – Ich dachte, Sie meinen mich. Ich wusste nicht, dass Sie in dieser Lautstärke nur mit den Kolleginnen und Kollegen reden. Wir sind mitten in der Abstimmung. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.51 bis 18.54 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um, ich schließe die Abstimmung. Auch dieses Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Gentechnik-Kennzeichnung von tierischen landwirtschaftlichen Produkten", Drucksache 17/5193, bekannt. Bevor ich das tue, bitte ich Sie, sich wieder

hinzusetzen, damit Sie das Ergebnis auch hören können. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein haben gestimmt 78 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch eine gute halbe Stunde Zeit. Ich werde jetzt noch die nächsten beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam aufrufen und dann die Sitzung beenden, weil heute Abend um 19.30 Uhr eine Veranstaltung hier im Hause stattfindet und das so vereinbart ist. Die Tagesordnungspunkte 13, 14 und 15 kommen heute also nicht mehr dran.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 11 und 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Zukunft der Putenmast
[\(Drs. 17/5486\)](#)

und

Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)
Tierschutz in der Putenmast [\(Drs. 17/5637\)](#)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist wie eben Frau Kollegin Steinberger. Bitte schön, Frau Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es üblich, dass in der Regel Berichtsansträgen der Opposition zugestimmt wird. Ich sage "in der Regel"; denn manchmal sind die Berichte unerwünscht bzw. man will manches nicht so genau wissen. Wir haben einmal nachgefragt, etwa 20 % unserer Anträge sind Berichtsansträge, denen nicht zugestimmt wurde. Zu dieser zweiten Kategorie gehört nun offensichtlich auch der heute vorliegende Antrag zur Putenmast.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Erstes hatten wir einen anderen Antrag zur Putenmast gestellt. Wir hatten darin vorgeschlagen, dass die Staatsregierung Aktivitäten zur Verbesserung der Situation in der Putenmast ergreift. Dieser Antrag wurde von der CSU-Fraktion abgelehnt. Trotzdem wurde in der Diskussion deutlich, dass auch von Ihrer Seite durchaus Hand-



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (**FREIE WÄHLER**)

Drs. 17/5337, 17/6349

Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Walter Taubeneder

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Christine Kamm

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, ich fahre jetzt in der Tagesordnung fort und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf. Ich darf vorweg sagen, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa (Drs. 17/5337)

Ich eröffne die Aussprache und erteile hierzu Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag steht jetzt zum dritten Mal auf der Tagesordnung. Er wurde schon zweimal abgesetzt. Heute können wir darüber reden. Der Ausgangspunkt ist natürlich, dass es so viele Flüchtlinge wie im Moment in den letzten 20 Jahren nicht gegeben hat. Im Jahr 2014 kamen 664.000 nach Europa. In Deutschland wurden 173.073 Anträge gestellt. Das heißt, Deutschland hat hier eine große Verantwortung. Unser Antrag lautet: Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich – das ist wichtig – weiterhin auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass auf Basis nachvollziehbarer Kriterien verbindliche Quoten festgelegt werden, damit es eine gerechte Verteilung in Europa gibt.

Die aktuelle Situation sieht folgendermaßen aus: 72 % der Asylanträge konzentrieren sich auf 5 der 28 EU-Mitgliedstaaten. Das haben inzwischen alle kritisiert, von der Bundeskanzlerin angefangen bis zum Innenminister Herrmann. Selbst der Herr Staatssekretär Eck hat es vorhin angesprochen. Es besteht also Handlungsbedarf. Das ist wichtig. Da die CSU jetzt – das habe ich schon gehört – sagen wird, es besteht kein Handlungsbedarf, es ist schon alles geregelt, es ist schon alles abgestimmt, möchte ich das anders formulieren und Fragen stellen, die im Zusammenhang mit der

Verteilung noch nicht gelöst sind. Ich hoffe dann, dass wir darauf vielleicht Antworten bekommen.

Erste Frage. Wie steht die CSU-Fraktion zu einer Veränderung des Dublin-Systems? Monika Hohlmeier vom Europaparlament will das; dazu gibt es Zeitungsartikel. Auch der Innenminister Herrmann sagt Ja dazu.

Zweite Frage. Wie steht die CSU-Fraktion zur Verstärkung der Hilfe vor Ort? Sollen mehr Gelder für Entwicklungshilfe ausgegeben werden? Wollen Sie Beschäftigungsprogramme vor Ort? Stimmt die CSU der vielfach geäußerten Meinung zu, die Industriestaaten bekämen jetzt durch die vielen Flüchtlinge die Rechnung für eine jahrzehntelange Benachteiligung des afrikanischen Kontinents?

Dritte Frage an die CSU-Fraktion. Es geht um ein gerechtes Verteilungssystem. Nach welchen Kriterien wollen wir verteilen: Bruttoinlandsprodukt, Einwohnerzahl, Arbeitslosigkeit, Königsteiner Schlüssel?

Vierte Frage. Sollen alle EU-Länder an der Quotenregelung beteiligt werden? Was machen Sie mit den Ländern, die im Moment keine Lust haben, wie Großbritannien, Polen und Ungarn? – Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Oder wie verfahren Sie - ich habe es vorhin schon angedeutet - mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der einfach das Verteilungssystem völlig ablehnt und sagt, die sollen alle gleich wieder nach Hause gehen?

Dann ist interessant, dass es diesen, ich sage mal, Kreuzer-Vorstoß gibt. Das steht heute im "Münchner Merkur" und wurde vorhin schon angesprochen. Das hat die "dpa" gemeldet. Nächste Woche soll ein neues Konzept vorgestellt werden. Es hängt mit der Verteilung zusammen. Da stelle ich jetzt die Frage: Wo sollen diese Auffangzentren errichtet werden? In Tunesien? Vor 14 Tagen habe ich gelesen, im Niger soll es ein Modellprojekt geben. Welche Qualitätsstandards sollen diese Auffanglager haben? Das ist nämlich ein ganz wichtiger Punkt. Wie steht die CSU-Fraktion zum Beispiel zur Äußerung der Ministerin Merk, die sich, so steht es heute im "Münchner

Merkur", auf einer Nordafrikareise völlig gegen dieses Kreuzer-Konzept ausgesprochen hat? Wie stehen Sie zu der Äußerung des Entwicklungshilfeministers Müller, der angeblich von der Idee von Herrn Kreuzer auch nichts hält? – Entwicklungshilfeminister Müller sagt nämlich, man sollte besser in den Heimatländern investieren. Das sind Fragen über Fragen zu diesem Verteilungssystem, meine Damen und Herren.

Wie stehen Sie zum Vorschlag der EU-Kommission von Ende Mai 2015? – Da geht es um die Verteilung von 40.000 Flüchtlingen, die im Rahmen eines Modellprojekts umgesiedelt werden sollen. Deutschland soll 3.086 Menschen bekommen oder 15,6 %. Ist die CSU der Meinung, dass das so in Ordnung ist? – Vorgestern stand nämlich in der "Frankfurter Rundschau": Deutschland und Frankreich und auch die CSU fordern Nachbesserungen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Was für eine Meinung haben denn Sie, Herr Kollege? Sie stellen ja nur Fragen. Das ist hier keine Fragestunde! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unsere Meinung steht im Antrag!)

- Unsere Meinung steht im Antrag. Wir wollen ein gerechtes Verteilungssystem, wie es in unserem Antrag steht. Wir sagen: Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge ist ein Praxistest für eine europäische Solidarität. Deshalb wünschen wir uns eine Zustimmung zu unserem Antrag: Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin - ich bestreite gar nicht, dass sie das nicht schon einmal getan hätte, zum Beispiel am 11.02. hier im Plenum - auf Bundes- und Europaebene für ein gerechtes Verteilungssystem einzusetzen. Das ist unser Antrag. Herr Kreuzer, wir haben viele Fragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Taubeneder das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Walter Taubeneder (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Fahn, Sie stellen an uns Fra-

gen. Mich würde interessieren, welche Antworten Sie geben. Da kommt überhaupt nichts.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das steht im Antrag!)

- Ja, ich komme noch auf das, was im Antrag steht. Da steht nur, dass wir uns besser einsetzen sollen. Das haben wir schon lange gemacht. Ich komme darauf noch zu sprechen. – Wir sehen seit geraumer Zeit über die Medien, vor allem über das Fernsehen, was an unseren Grenzen passiert. Ich bin ganz hautnah betroffen. Vor meiner Haustür spielt sich Unglaubliches ab: Da gehen Leute mit Plastiktüten auf der Autobahn auf und ab und sitzen an den Ausfahrten bei den Böschungen. Sie sind in Autos eingesperrt, die irgendwo abgestellt wurden. Sie sitzen in den Wäldern oder kommen in die Dörfer und fragen, wo sie eigentlich sind. All das erlebe ich jeden Tag hautnah.

Was mir schon länger Sorgen bereitet: Ich habe die Befürchtung, dass die nicht abreißende Flüchtlingszahl ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr konfliktfrei zu bewältigen ist. Dabei meine ich nicht Konflikte im Hinblick auf die Ewiggestrigen, die kein Gebot der Menschlichkeit mehr kennen und jedwede Hilfe, sogar für Flüchtlinge aus Krisengebieten, ablehnen. Nein, darum geht es mir nicht. Vielmehr Sorge ich mich darum, dass die Akzeptanz innerhalb der bayerischen Bevölkerung kippen könnte, wenn nicht die richtigen politischen Maßnahmen getroffen und auch gut kommuniziert werden.

Der Freistaat Bayern steht hier ohne Frage vor einer großen Herausforderung, vielleicht sogar vor einer übergroßen Herausforderung. Wenngleich wir unsere Hausaufgaben gewissenhaft erledigen, ist und bleibt der Schlüsselbegriff zu dieser Thematik die Solidarität, wie dies Angelika Weikert gesagt hat. Dabei geht es einerseits um die Solidarität mit den vielen Flüchtlingen, die aus Krisengebieten zu uns kommen und uns in höchster Not um Beistand und Hilfe bitten. Wir müssen einerseits denjenigen, denen in einem rechtsstaatlichen Verfahren, wie wir es hier im Lande haben, Asyl gewährt wird, beistehen und sie unterstützen. Das gilt nicht nur im juristischen Sinne,

sondern auch im Hinblick auf die moralischen Standards, welche wir an uns selbst und unser Zusammenleben anlegen. Andererseits bedarf es auch der Solidarität bei unseren EU-Partnern. Die Tatsache, dass immerhin 72 % der Asylanträge, die in der EU gestellt werden, auf fünf Staaten verteilt wurden, stellt viele der Fundamente infrage, auf denen die Europäische Gemeinschaft gründet.

Das BAMF ist in seiner Prognose vom Februar für das Jahr 2015 noch von 250.000 Erst- und zusätzlich 50.000 Folgeanträgen in Deutschland ausgegangen. Heute sehen wir uns noch größeren Dimensionen gegenüber. Laut der jüngsten Prognose rechnet das BAMF für dieses Jahr mit fast einer halben Million Asylanträgen. Im Zeitraum Januar und Februar 2015 konnten wir im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2014 einen Anstieg der Asylanträge in Deutschland von 99,2 % feststellen. Allein für den Freistaat Bayern werden für dieses Jahr mehr als 60.000 neue Flüchtlinge erwartet, Tendenz steigend.

Die Bayerische Staatsregierung hat diese ungleiche Verteilung immer wieder gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission angemahnt. Angesichts der gerade genannten Zahlen begrüße ich es ausdrücklich, dass sich die Bundesregierung und hierbei insbesondere der Bundesinnenminister auf europäischer Ebene vehement für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in der EU einsetzt. Angesichts der Bemühungen, die auf europäischer Ebene bereits stattfinden, empfinde ich es als geradezu peinlich, dass sich die Fraktion der FREIEN WÄHLER, lieber Herr Dr. Fahn, nicht dazu durchringen konnte, ihren Antrag zurückzuziehen.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): "Peinlich"!)

Mittlerweile hat sich nicht nur die Fraktion der EVP im Europäischen Parlament vor über einem Monat für eine Ergänzung des bisherigen Dublin-Systems durch einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus, also die Einführung einer Quotenverteilung, ausgesprochen und sich dafür eingesetzt, sondern auch die Kommission ist längst am Ball. Kommissionspräsident Juncker hat sich vor rund fünf Wochen des Themas ange-

nommen. Die Forderung der EVP aufgreifend, hat der Präsident eine europaweite Verteilung der Flüchtlinge nach einem Schlüssel vorgeschlagen, welcher die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge pro Land auf der Basis von Einwohnerzahl, Brutto sozialprodukt und Arbeitslosenquote bestimmt. Damit ist die EVP-Forderung im politischen Prozess. Auch die Bundeskanzlerin unterstützt diese Quoten-Beschlüsse.

Obwohl ohne Zweifel noch vieles getan werden muss, um die hohen Flüchtlingszahlen in Europa solidarisch zu bewältigen, können wir festhalten: Auf der EU-Ebene tut sich einiges. Natürlich gilt es bei einer derart wichtigen Thematik, nicht nur darauf zu hoffen, dass andere schon das Richtige tun werden. Deshalb haben wir als CSU-Fraktion, wie bereits erwähnt, schon im Februar dieses Jahres einen eigenen Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Asylmissbrauchs und damit zur Bewältigung der Flüchtlingszahlen zu ergreifen. Heute, rund vier Monate später, können wir mit Blick auf die bisherigen Ergebnisse weitgehend Vollzug melden; denn von unseren damaligen Forderungen wurden seither große Teile umgesetzt:

Erstens. Die Kommission plant die Entwicklung eines Verteilungsschlüssels im Rahmen der Weiterentwicklung des Krisenbewältigungsmechanismus nach Artikel 33 der Dublin-III-Verordnung.

Zweitens. Die Asylverfahren von Asylbewerbern aus Herkunftsländern mit geringen Gesamtschutzquoten werden durch das BAMF mittlerweile priorisiert behandelt.

Drittens. Das Personal des BAMF wird zur generellen Beschleunigung und Durchführung von Asylverfahren deutlich aufgestockt. Die Bundesregierung kündigt an, 2.000 neue Stellen für das BAMF zu schaffen und so die Grundlage für eine schnellere Durchführung von Asylverfahren zu gewährleisten.

Viertens. Die von uns geforderte Einstufung des Kosovo und Albaniens als sichere Herkunftsstaaten wurde im Bundesrat von den GRÜNEN und der SPD leider blockiert. Der Freistaat Bayern steht zu seiner Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen.

Damit wir aber denen helfen können, die unseres Schutzes wirklich bedürfen, brauchen wir eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge und eine effektive Bekämpfung des Missbrauchs.

Herr Dr. Fahn, wir sehen Ihren Antrag als überholt an. Darum werden wir ihn ablehnen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, verbleiben Sie bitte am Rednerpult. Danke schön. – Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Taubeneder, vorhin ist an die Kollegin von den GRÜNEN die Frage gerichtet worden, was die GRÜNEN meinten, welche Gesamtzahl an Flüchtlingen wir in Bayern, Deutschland und Europa aufnehmen könnten. Ich möchte Ihnen dazu eine sehr emotionale Frage stellen. Sie können auch sagen: Diese Frage beantworte ich nicht. Da wäre ich Ihnen nicht böse. Ich möchte Sie aber fragen: Wie sieht es denn bei der CSU aus? Gibt es wirklich eine Obergrenze? – Wir sind uns alle einig, dass wir die Kriterien, die vorhin genannt worden sind, prüfen wollen. Diese Kriterien könnten modifiziert werden. Aber gibt es wirklich eine Obergrenze? Sagen wir beim Erreichen der Grenzen: Liebe Mutter mit deinen zwei Kindern, du bleibst draußen und stirbst? Ist das wirklich das Ziel? – Ich kann mir das nur sehr schwer vorstellen. Kriterien, ja. Aber eine Höchstgrenze? Vielleicht können Sie mir Zahlen nennen. Wenn Sie nicht wollen, bin ich Ihnen, wie gesagt, nicht böse.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Walter Taubeneder (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich kann keine Zahlen nennen. Ich habe deutlich gesagt, dass wir uns unserer Verantwortung stellen, Flüchtlinge aufzunehmen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir nicht von Menschen überschwemmt werden, die zu uns kommen wollen, weil sie sich ein besseres Leben wünschen. Ich verstehe diese Menschen schon. Aber auch wir hier müssen uns schützen. Daher müssen wir Mechanismen erarbeiten. Aus meiner Sicht ist in allererster

Linie die EU gefordert, dass es zu einer solidarischen Verteilung der Flüchtlinge in ganz Europa kommt. Dann wird sich manches ohnehin entspannen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Kollege Dr. Fahn hat den Wunsch nach einer weiteren Zwischenbemerkung geäußert. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Erstens. Herr Taubeneder, mitnichten sind schon alle Fragen geklärt. Deswegen habe ich noch einmal die Fragen gestellt, die noch nicht geklärt sind. Dazu haben Sie nichts gesagt. Heute Morgen hat der "Münchner Merkur" eine Steilvorlage gegeben, indem er etwas über diesen Kreuzer-Plan geschrieben hat. Gerade dieser Kreuzer-Plan, der von verschiedenen Ministerien unterschiedlich beurteilt wird, wirft viele Fragen auf, die noch geklärt werden müssen. Deswegen ist noch gar nichts auf dem Weg. Das wollte ich einmal klar sagen, auch wenn Sie das wieder bestreiten. Das ist aber falsch.

Ich kenne diesen Antrag vom 06.02. Da war es Pech, dass nur die CSU zugestimmt hat. Würden Sie heute unserem Antrag zustimmen, könnten wir erreichen, dass sich alle vier Fraktionen hier im Hohen Hause für ein gerechtes Verteilungssystem aussprechen. So kommt es heute dazu: Ein gerechtes Verteilungssystem lehnt allein die CSU in Bayern ab.

Walter Taubeneder (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe nur zu Ihrem Antrag gesprochen. Sie haben gefordert, die Staatsregierung solle sich weiterhin einsetzen. Was sollen wir denn machen? Wir haben uns doch eingesetzt. Ich habe heute Vollzug gemeldet. Wir werden auch weiterhin an der Sache dranbleiben. Das alles ist doch Wortklauberei, Herr Dr. Fahn.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Taubeneder. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Pfaffmann ans Rednerpult bitten.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten zehn Minuten hatten wir eine sehr interessante Diskussion. Herr Staatssekretär Eck hat vorhin gesagt, wir bräuchten ein anderes Verteilsystem. Gemeint ist natürlich ein gerechtes System. Der Meinung sind wir doch immer, und deshalb lohnt sich vielleicht auch einmal ein Blick in die historische parlamentarische Debatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie waren es, die mit Zähnen und Klauen bis zum heutigen Tag am Dublin-System festgehalten haben, nicht wir.

(Beifall bei der SPD)

Wären Sie schon früher auf die Idee gekommen, dass das Dublin-System nicht gerecht sein kann, wären wir einen Schritt weiter.

Das Hin und Her bei den Lösungsversuchen – der eine will nun plötzlich irgendwelche Auffanglager einrichten, der andere ist dagegen; der eine ist für Dublin, der andere dagegen - macht große Schwierigkeiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie haben zu dieser wichtigen europäischen Frage nur Kritik, aber kein Konzept. Das ist das Problem bei dieser Diskussion.

Lieber Herr Taubeneder, ich schätze Sie sehr. Sie machen sich Sorgen um die Akzeptanz innerhalb der bayerischen Bevölkerung bei der Flüchtlingsfrage. Ja, diese Sorge kann man sich zu Recht machen. Ich würde Ihnen allerdings empfehlen, von Ihrer Kampfrhetorik Abstand zu nehmen, die Sie bei jeder Gelegenheit an den Tag legen. Vielleicht können wir dann für mehr Verständnis sorgen.

Wer auf einem Parteitag so redet wie ihre Repräsentantin und sich hinterher über die Akzeptanz in der Bevölkerung bezüglich der Flüchtlinge Sorgen macht, ist heuchlerisch unterwegs, sonst gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die steigenden Flüchtlingszahlen sind ein Problem. Ich bin durchaus der Meinung, dass wir dieses Problem weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in Bayern alleine lösen können. Das wissen wir alle. Ich bin der Meinung, dass dieses Problem nur solidarisch gemeinsam mit allen EU-Ländern gelöst werden kann. Auch das ist richtig.

Deswegen mahne ich eine solidarische Debatte an. Sie führen keine solidarische Debatte, sondern eine Abschreckungsdebatte. Das ist Ihr programmatisches Ziel. Sie wollen keine solidarische Debatte, sondern eine Abschreckungsdebatte, weil Sie keine Problemlösung generieren wollen. Vielmehr wollen Sie Ihr Wählerklientel bedienen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der wahre Grund, warum wir in dieser Diskussion nicht weiterkommen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Machen Sie mal einen Vorschlag!)

- Den haben wir doch schon gemacht, Herr Kollege.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wir haben gesehen, was daraus geworden ist!)

Sie lehnen ihn leider immer wieder ab. Die Situation in Europa ist höchst unterschiedlich, egal wie man es rechnet, sei es bezogen auf die Bevölkerungszahl oder auf absolute Zahlen. Mal ist der vorne, mal der andere. Tatsache ist, dass drei bis vier Länder die Hauptlast schultern. Auch daran besteht kein Zweifel. Es ist nicht zu akzeptieren, dass es in der Europäischen Union Länder gibt, die sich bei dieser Frage abspalten. Auch hier haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Aber, liebe Freunde, das erreichen wir nur dann, wenn dieses immer wieder beschworene gerechte und solidarische Verteilssystem realisiert wird. Da waren Sie selbst bisher immer die Verhinderer durch das Festhalten an der Dublin-Systematik, sonst niemand.

(Zurufe von der CSU)

Wie lange schon diskutieren wir denn über eine Quotenregelung, wie lange diskutieren wir schon die Frage der Berücksichtigung der Ländersituation bei der Verteilung der Flüchtlinge in Europa, obwohl Sie doch immer wieder abgelehnt haben, eine solche Diskussion überhaupt zu führen? – Eine Lösung ist die Quotenregelung im Übrigen auch nicht unbedingt, weil sie nicht den Wunsch der Flüchtlinge bzw. der Länder, die sich die Flüchtlinge aussuchen, berücksichtigt. Wie wollen Sie das denn machen? Also auch hier steckt der Teufel im Detail. Lieber Kollege Fahn, ich habe den Bericht über den neuen Plan, Flüchtlingslager irgendwo im Nirwana einzurichten, auch gelesen. Da ist doch die Frage zu klären, wo man das einrichten soll. Sollen damit vielleicht Aufnahmeeinrichtungen in den deutschen Botschaften der Länder gemeint sein? – Das sähe dann wieder anders aus, aber davon habe ich nichts gehört. Vielleicht klären Sie zunächst intern die Frage, wie das alles funktionieren soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir, dass man in der Frage einer gerechten solidarischen Verteilung in Europa aufhört mit der Rhetorik, die nur darauf abzielt, sich sozusagen abzuschotten. Man sollte vielmehr bei dem höchst schwierigen Versuch mitmachen, ein gerechtes Verteilsystem zu finden. Ich glaube, nur so kommen wir weiter. Die Aufteilung nach dem Königsteiner Schlüssel ist nicht neu. Warum könnte es denn nicht einen Brüsseler Schlüssel in der Frage der Verteilung der Flüchtlinge geben? – Auf diese Debatte müsste man sich einlassen. Man kann nicht von Haus aus die rhetorische Frage stellen, wie viele man überhaupt noch aufnehmen will. Was ist das für eine Frage!

Ihre Formulierung, lieber Herr Taubeneder, wir würden überschwemmt von Menschen, muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Sie haben gesagt, Sie hätten Sorge, dass wir von Menschen überschwemmt würden. Das ist genau die Kampfrhetorik, die eine vernünftige solidarische Lösung in der Flüchtlingsfrage verhindert.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Frau Kollegin Kamm wäre jetzt an der Reihe. Wollen Sie Ihre Wortmeldung aufrechterhalten? – Bitte sehr.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kollegen von den FREIEN WÄHLERN! Wir stimmen Ihrem Antrag zu. In Nummer zwei fordern Sie letzten Endes einen Bericht. In Nummer eins fordern Sie ein, wie Sie sagen, gerechtes Verteilssystem.

Ich würde es anders nennen. Ich würde das, was wir brauchen, eine solidarische, gemeinsame Flüchtlingspolitik nennen. Ich meine damit einen gemeinsamen, solidarischen, europäischen Versuch, die großen Probleme, mit denen nicht wir, sondern die Menschen in den Unrechts- und Kriegsstaaten derzeit zu kämpfen haben, zu lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zumindest müssten wir versuchen, sie lösen zu helfen.

Ich war vor Kurzem auf einer Tagung über das Thema "Was ist los in Syrien?" Was ist mit den Flüchtlingen in Syrien los? – Zwei Millionen leben in diesem kleinen Staat Libanon. Dort gehen die Kinder nicht in die Schule; es gibt keine Gesundheitsversorgung und auch keine standesamtliche Erfassung. Wenn die Pässe auslaufen, werden die Leute staatenlos. Nach der Geburt werden die Kinder nicht registriert. Wenn wir wollen, dass das syrische Volk eine Zukunft hat, muss etwas anderes passieren als das, was derzeit im Libanon geschieht.

Was mich aber noch viel mehr schockiert hat, war der Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars. Er hat gesagt, zu fünf Millionen Menschen in diesem Gebiet hat der UNHCR überhaupt keinen Zugang. Sie können sich vorstellen, was da los ist. Die Not der Menschen muss im Fokus unserer Politik stehen. Wir haben dazu einige Vorschläge gebracht, beispielsweise das Botschafts asyl. Das wäre ein Weg, aber das wollen Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gesagt: Wir brauchen bessere Hilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe. Gerade im Hinblick auf die europäischen Länder, aus denen sehr viele Menschen zu uns kommen wollen, beispielsweise aus dem Kosovo, aus Serbien oder Mazedonien, würden wirtschaftliche Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit viele Probleme lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir dort dazu beitragen, die gesundheitliche Versorgung zu verbessern, dann wäre viel gewonnen. Die Lager in irgendwelchen Unrechtsstaaten, von denen Sie derzeit fabulieren, sind ein Hirngespinnst. Die wird es nicht geben, und die werden auch nicht helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben vorher versucht zu unterstellen, wir würden in jedem Antrag behaupten, alle Flüchtlinge sollen nach Deutschland kommen. Das ist definitiv nicht der Fall. Sie behaupten auch ständig, dass wir in unseren Hilfsmöglichkeiten überfordert seien. Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Bayern mit seinen 12 Millionen Einwohnern ist in der Lage, 60.000 Flüchtlinge unterzubringen. Das schafft Bayern im Jahr 2015, wenn es will. Weiterhin möchte ich Ihnen sagen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die wir aufnehmen können, sehr stark davon abhängt, welche Integrationspolitik wir machen. Wenn man den Menschen die Möglichkeit, sich zu integrieren, verweigert, dann wird es schwer werden. Wenn wir hier aber das Richtige tun, dann gibt es eine gute Lösung. So viel dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zu Abstimmung. Es wurde

namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung, fünf Minuten bitte.

(Namentliche Abstimmung von 20.42 bis 20.47 Uhr)

Die Zeit ist um, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Dublin-Überstellungen nach Ungarn aussetzen", Drucksache 17/5490 bekanntgeben. Mit Ja haben gestimmt 50, mit Nein haben gestimmt 81 Abgeordnete. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich bitte die Plätze einzunehmen, damit ich in der Tagesordnung fortfahren kann.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans-Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa", Drucksache 17/5337, bekanntgeben. Mit Ja haben gestimmt 61 Abgeordnete, mit Nein 76. Stimmenthaltungen gab es eine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.06.2015 zu Tagesordnungspunkt 11: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa (Drucksache 17/5337)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	76	1